

Markterfolg des deutschen Films und Effizienz der Filmförderungsmaßnahmen steigerungsfähig	63
Zur Finanzsituation der Sozialversicherungen in West- und Ostdeutschland	69
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 8/91

Berlin

21. Februar 1991

58. Jahrgang

Markterfolg des deutschen Films und Effizienz der Filmförderungsmaßnahmen steigerungsfähig

Dem deutschen Kinofilm wird häufig mangelnder Markterfolg vorgeworfen; mitverantwortlich wird dafür das Filmförderungssystem gemacht. Im folgenden soll sowohl der Markterfolg des deutschen Films als auch der Erfolg der Fördermaßnahmen für die Kinofilmproduktion differenzierter betrachtet werden.

Die vorgelegten Ergebnisse basieren auf einer Untersuchung der Entwicklung und der Strukturveränderungen in der gesamten Filmwirtschaft, die das DIW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführt hat¹. Da der Kinofilmbereich im Mittelpunkt der wirtschafts- und kulturpolitischen Förderungsmaßnahmen für die Filmwirtschaft steht, kam diesem Teilsektor in der Untersuchung besonderes Gewicht zu.

Rückläufiger Filmbesuch ...

Nach einem leichten Aufschwung Ende der siebziger Jahre (auf 144 Mill. Besucher) ist der Kinobesuch seitdem — abgesehen von einer Stabilisierungsphase in den Jahren 1986 bis 1988 — wieder rückläufig. Im Jahre 1989 wurde mit 102 Mill. Besuchern ein neuer Tiefstand erreicht. Das Ergebnis im vergangenen Jahr dürfte nur unwesentlich davon abweichen. Nachdem der drastische Besucherrückgang in den sechziger und siebziger Jahren vor allem durch das Aufkommen und die starke Verbreitung des Fernsehens bedingt gewesen war, dürfte die rückläufige Entwicklung in den achtziger Jahren vor allem von drei Faktoren beeinflusst worden sein: der neu entstandenen Konkurrenz durch das Medium Video, weiter steigender Konkurrenz durch das Fernsehen (Gründung von privaten Fernsehanstalten, mehr Sendetermine von Spielfilmen) und — in jüngerer Zeit — dem absoluten Rückgang der Zahl der 15- bis 29jährigen in der Bevölkerung, die drei Viertel bis vier Fünftel der Kinobesucher stellten.

... führt im allgemeinen ...

Mit dem Rückgang des Filmbesuchs und — damit einhergehend — dem Rückgang der Zahl der Kinos, also der Abspieldbasis, verringerte sich auch das Angebot an Filmen. In den achtziger Jahren wurden durchschnittlich 320 Spielfilme je Jahr ur- bzw. erstaufgeführt; bis zu Beginn der siebziger Jahre waren es meist über 400 Filme. Etwa ein Fünftel dieser Erstaufführungen zählten als deutsche Filme. Allerdings schwankte die Zahl der bundesdeutschen Erstaufführungen relativ stark (in den achtziger Jahren 49 bis 77 Filme).

Die Zahl der tatsächlich produzierten Filme dürfte jedoch immer deutlich höher gewesen sein. Es wird vermutet, daß häufig 100 oder mehr Filme je Jahr produziert wurden; ein Teil dieser Produktionen konnte aber keinen

¹ Siehe Neckermann, Gerhard: Filmwirtschaft und Filmförderung — Strukturveränderungen, Daten. VISTAS Verlag, Berlin 1991.

Tabelle 1

Filmbesuch und Zahl der Filmtheater in ausgewählten Ländern

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Groß- britannien	USA	Japan
Filmbesucher in Mill. Personen						
1955	776,1	394,8	819,4	1 182,0	2 072,3	.
1965	320,4	259,1	663,6	326,6	1 031,7	372,7
1975	128,1	181,7	513,0	121,0	1 032,8	174,0
1980	143,8	174,8	242,0	96,1	1 022,0	164,4
1982	124,5	200,5	195,0	60,2	1 200,0	155,0
1983	125,3	197,1	162,0	65,7	1 197,0	170,4
1984	112,1	187,8	131,6	58,4	1 190,0	150,5
1985	104,2	172,2	123,1	70,2	1 056,1	155,1
1986	105,2	163,4	124,9	72,6	1 017,0	160,8
1987	108,1	132,5	108,8	77,1	1 088,5	143,9
1988	108,9	122,4	93,0	84,0	1 088,0	144,8
1989	101,6	107,0	95,2	95,0	1 130,0	143,6
Veränderung in vH						
1989/80	-29,3	-38,8	-60,7	-1,1	10,6	-12,7
Gewerbliche Filmtheater, Anzahl ¹⁾						
1955	6 239	5 690	5 902	4 483	.	.
1965	5 209	5 283	4 869	1 971	13 190	4 649
1975	3 094	3 650	4 718	1 530	15 030	2 443
1980	3 354	4 540	3 900	1 576	17 600	2 364
1982	3 598	4 709	2 800	1 432	18 020	2 267
1983	3 664	4 894	.	1 303	18 884	2 239
1984	3 611	5 098	.	1 233	19 589	2 191
1985	3 418	5 190	1 865	1 271	21 147	2 137
1986	3 262	5 154	1 796	1 242	22 765	2 109
1987	3 252	5 063	1 287	1 200	22 555	2 053
1988	3 246	4 821	1 500	1 312	23 234	2 005
1989	3 216	4 658	.	1 424	23 132	.
Veränderung in vH						
1989/80	-4,1	2,6	(-0,7)	-9,6	31,4	(-15,2)

Anmerkung: Die eingeklammerten Werte geben die Veränderung des Jahres 1988 gegenüber 1980 wieder. — 1) Für die Bundesrepublik wird nur die Zahl der ortsfesten Filmtheater ausgewiesen.
 Quellen: CNC, Paris. — FIAPF, Paris. — SPIO (Hrsg.): Filmstatistisches Taschenbuch, versch. Jahre. — Screen Digest. — Berechnungen des DIW.

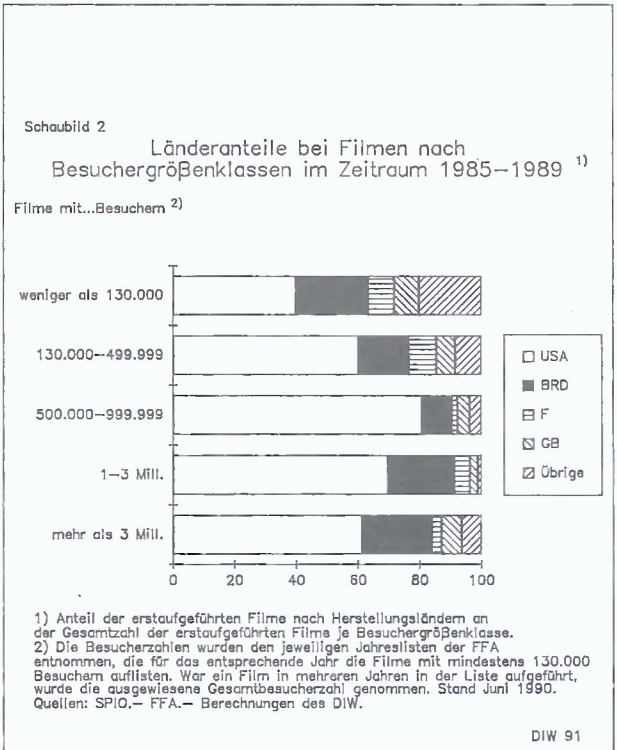
Verleiher finden und gelangte nicht ins Kino. Die meisten Erstaufführungen (in den achtziger Jahren durchschnittlich zwei Fünftel aller Erstaufführungen bzw. 133 Filme) kommen aus den USA. Weitere Herstellungsländer mit einiger Bedeutung auf dem bundesdeutschen Kinomarkt sind Frankreich (jahresdurchschnittlich 28 Filme), Italien (28 Filme bei stark sinkender Tendenz) sowie Großbritannien (18 Filme).

... zu sinkendem Inlandsmarktanteil

US-amerikanische Filme sind überdurchschnittlich erfolgreich. Dem erwähnten Anteil von zwei Fünfteln an der Zahl der Erstaufführungen steht in den achtziger Jahren

durchschnittlich ein Anteil am Verleihsatz von drei Fünfteln gegenüber. Bundesdeutsche Spielfilme waren nur bis 1974 überdurchschnittlich erfolgreich, d.h. der Verleihanteil lag über dem Erstaufführungsanteil. Bis zum Jahr 1984 war es dann umgekehrt; einem Anteil von 20 vH an den Erstaufführungen stand ein Verleihsatzanteil von 13 vH gegenüber. Seit 1984 entsprechen sich etwa die beiden Vergleichsgrößen (jeweils 20 vH) bei größeren Abweichungen in einzelnen Jahren. Während die Umsatzbedeutung italienischer Filme in der Bundesrepublik mittlerweile vernachlässigbar ist und auch die Bedeutung französischer Filme deutlich gesunken ist, entspricht der Verleihsatzanteil britischer Filme seit einigen Jahren bei starken Schwankungen dem Anteil an den Erstaufführungen.

Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Frankreich, Italien und Großbritannien haben Filme aus den USA den größten Marktanteil. Im Jahr 1988 konnten z.B. US-Filme, außer in Frankreich, deutlich mehr als die Hälfte des Verleihsatzes auf sich vereinen. Am höchsten war der US-Anteil in Großbritannien mit 80 vH, in Frankreich lag er bei 46 vH. Die Bedeutung von Filmen aus Drittländern ist grundsätzlich relativ gering. Tendenziell besteht ein Zusammenhang zwischen der Größe des Marktes und dem einheimischen Marktanteil. Üblicherweise verliert das Kino bei einem Besucherrückgang überdurchschnittlich viele Interessenten für inländische Filme; die Stärke des Rückgangs ist von Land zu Land unterschiedlich. Den US-amerikanischen Film trifft ein Besucherrückgang in den jeweiligen Ländern grundsätzlich nicht so stark. Das Interesse des Publikums konzentriert sich also bei insgesamt weniger Besuchern stärker auf amerikanische Filme. Für Italien, Großbritannien und Frankreich ist der genannte Zusammenhang zwischen der Größe des Marktes und dem einheimischen Marktanteil entweder sehr eng oder doch zumindest deutlich erkennbar. Für die Bundesrepublik galt für etliche Jahre eher der umgekehrte Zusammenhang. Verglichen mit anderen Ländern ist der inländische Marktanteil in der Bundesrepublik geringer, als es die Marktgröße erwarten läßt. Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß bundesdeutsche Filme ihr Marktpotential meist nur unzureichend ausgeschöpft haben bzw. am Markt vorbeiproduziert wurde.

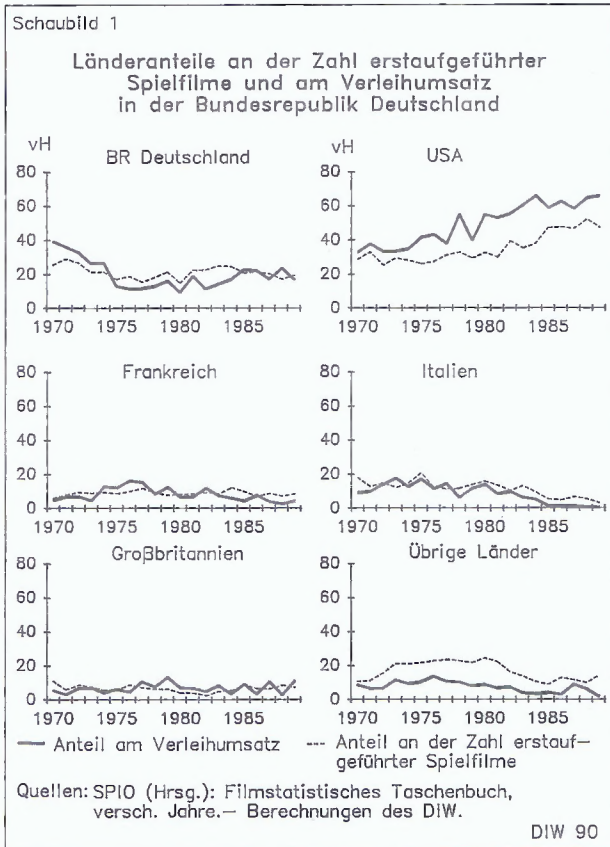


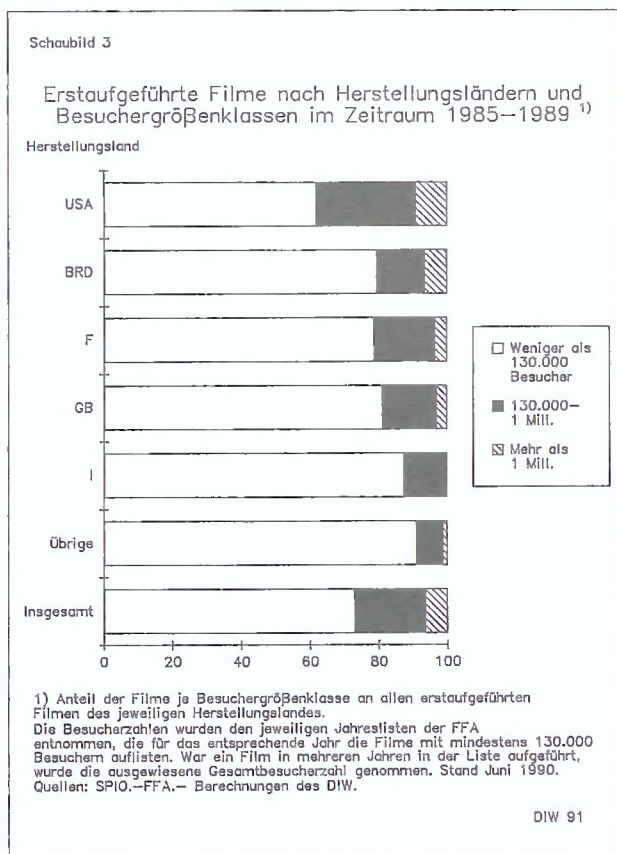
Wenige deutsche Filme mit mittlerem Erfolg

Das Besucherinteresse konzentriert sich auf relativ wenige Filme. Die Jahresliste der Besucherzahlen der Filmförderungsanstalt (FFA) — sie erfaßt auch die ausländischen Filme — weist für die Jahre 1985 bis 1989 im Durchschnitt 21 Filme je Jahr aus, die mindestens 1 Million Besucher hatten. Auf diese Filme entfiel knapp die Hälfte (47 vH) des Gesamtbesuches je Jahr. In diesen Daten sind auch Wiederaufführungen wie Walt Disneys Dschungelbuch enthalten. Wird der Erfolg einer Erstausführung daran gemessen, wieviele Besucher der jeweilige Film insgesamt anzog, und nicht daran, wieviele er in einem einzelnen Jahr hatte, dann ergibt sich, daß von allen Erstausführungen in den Jahren 1985 bis 1989 7 vH der Filme mehr als 1 Million Besucher erreichten. Ein Fünftel der Filme hatte eine Gesamtbesucherzahl von 130 000 bis 1 Million Personen, knapp drei Viertel aller Filme hatten weniger als 130 000 Besucher²⁾.

Auch hier zeigt sich der Erfolg der amerikanischen Filme; etwa jeder zehnte konnte mehr als 1 Million Besucher auf sich ziehen. Die Bundesrepublik schneidet bei dieser Betrachtung noch relativ gut ab; immerhin konnte jeder 15. bundesdeutsche Film (7 vH aller bundesdeutschen Erstausführungen von 1985 bis 1989) ebenfalls mindestens 1 Million Besucher anziehen. Bei Erstausfüh-

²⁾ Die Besucherzahl von 130 000 bildet unter bestimmten Bedingungen eine Schwelle zur Erreichung der Referenzfilmförderung nach dem Filmförderungsgesetz.





rungen aus Frankreich und Großbritannien lagen die Anteile bei 4 bzw. 3 vH. Allerdings konnten relativ wenige bundesdeutsche Filme 130 000 bis 1 Million Besucher auf sich ziehen; für Frankreich und Großbritannien war der Anteil der Filme, die in diese Besuchergrößenklasse fallen, höher. Mit knapp 29 vH war der Anteil dieser Filme mit mittlerem Erfolg bei Erstaufführungen aus den USA mehr als doppelt so hoch wie bei Erstaufführungen aus der Bundesrepublik. Dies sind vor allem Filme, die auf ein breiteres Publikum zielen, jedoch nicht den Durchbruch zum „Publikumsrenner“ schaffen. Das Reservoir an unterhaltsamen Filmen mit Potential zum Kinohit ist bei bundesdeutschen Produktionen also relativ gering. Die Mehrzahl der deutschen Filme ist nur für kleine Marktsegmente gedreht. Die Mehrzahl der US-amerikanischen Filme hatte, ebenso wie die Mehrzahl der Filme aus anderen Ländern, weniger als 130 000 Besucher. Der Anteil dieser weniger erfolgreichen Filme an der Gesamtzahl der Erstaufführungen ist jedoch für die USA mit 62 vH deutlich geringer als für die anderen Länder (z.B. Bundesrepublik 80 vH, Frankreich 79 vH).

Hoher Förderanteil an den Herstellkosten

Die Produktion von deutschen Kinofilmen wird seit vielen Jahren hoch subventioniert. Allein in den Jahren

Tabelle 2

Herstellkosten der ur- und erstaufgeführten deutschen Langfilme

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Zahl der Filme insgesamt ¹⁾	55	84	78	88	84	70	69	73	60	79
mit Angaben zu Herstellkosten ²⁾	43	66	71	70	62	50	.	72	50	38
Nachrichtlich: Mit öffentlichen Mitteln gefördert ³⁾	42	51	70	60	55	54	.	.	49	37
Herstellkosten ⁴⁾ insgesamt je Film	84,2 2,0	126,6 1,9	147,8 2,1	141,2 2,0	166,4 2,7	112,2 2,2	.	111,4 1,5	135,7 2,7	163,4 4,3
Zahl der Filme mit Herstellkosten von										
unter 1 Million DM	10	23	25	19	23	14	.	.	15	7
1 - 2 Millionen DM	17	25	25	31	20	13	.	.	7	10
2 - 3 Millionen DM	9	11	10	8	10	8	.	.	11	6
3 - 5 Millionen DM	4	4	6	7	6	10	.	.	10	6
über 5 Millionen DM	3	3	5	5	3	5	.	.	7	9

¹⁾ Abweichungen bei der Zahl der ur- und erstaufgeführten Langfilme gegenüber Angaben der SPIO z.T. aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen. — ²⁾ Herstellkosten von Filmen ohne FFA-Förderung teilweise geschätzt. — ³⁾ Filme, die nicht von der FFA, im Rahmen des Film/Fernsehabkommens, durch Berlin oder München gefördert wurden, sind nicht vollständig erfaßt. — ⁴⁾ Nur Filme mit Angaben zu Herstellkosten (teilweise Schätzungen).

Quellen: FFA. — Berechnungen des DIW.

1984 bis 1989 wurden durchschnittlich 76 Mill. DM — bei einem Produktionsvolumen von 150 bis 200 Mill. DM je Jahr — von den verschiedenen Förderinstitutionen vergeben, und zwar mit steigender Tendenz. Für das Jahr 1990 waren in den Haushaltsplänen dieser Institutionen über 120 Mill. DM mit diesem Förderziel angesetzt. Die Mittel wurden entweder als Zuschüsse vergeben oder als Darlehen, die bei einem wirtschaftlichen Erfolg zurückzahlen sind.

Gefördert wurden knapp zwei Drittel aller deutschen Erstaufführungen. Daneben flossen Fördermittel auch in Filme, die nicht zur Erstaufführung gelangten. Die Herstellkosten eines geförderten Films, der auch erstaufgeführt wurde, betragen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre durchschnittlich etwa 2 Mill. DM; in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren die Kosten meist etwas höher. Die Durchschnittskosten aller hergestellten, also auch der nicht geförderten Filme dürften unter diesem Wert gelegen haben. Erfolgreiche Filme hatten in der Regel einen höheren Etat als nicht erfolgreiche Filme. Die Kosten von Filmen mit mehr als 130 000 Besuchern betragen z.B. in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Durchschnitt knapp 6 Mill. DM³.

Etwa die Hälfte der Herstellkosten der Erstaufführungen wurde mit Fördermitteln abgedeckt. Filme mit weniger als 3 Mill. DM Herstellkosten wurden zu zwei Dritteln damit finanziert, bei Filmen mit 3 bis 5 Mill. DM Herstellkosten lag der Förderanteil bei gut der Hälfte der Kosten, bei Filmen mit über 5 Mill. DM Herstellkosten bei knapp einem Drittel.

Unterschiedliche Ziele der einzelnen Förderinstitutionen

Bedeutendste Förderinstitution vom Volumen her ist die Filmförderungsanstalt (FFA), die im Rahmen der Referenzfilmförderung und der Projektfilmförderung von 1984 bis 1989 jahresdurchschnittlich 26 Mill. DM vergab⁴. Sie finanziert sich aus der Filmabgabe der Filmtheater, aus Zuwendungen von Fernsehanstalten sowie von Dritten und ist die einzige Institution, die u.a. das erklärte Ziel hat, den wirtschaftlichen Erfolg des deutschen Films bzw. publikumswirksame Filme zu fördern⁵. Die Maßnahmen der Länder Berlin (12 Mill. DM jahresdurchschnittlich) und Bayern (10 Mill. DM) haben vor allem die Aufgabe, Arbeitsplätze in filmtechnischen Betrieben zu sichern und die Attraktivität der Region als Produktionsstandort zu steigern bzw. zu erhalten. Die Mittel von ARD und ZDF nach dem Film/Fernseh-Abkommen (15 Mill. DM) dienen dazu, das Programmangebot sowohl der Filmtheater als auch des Fernsehens zu bereichern⁶. Die Filmförderung einiger Länder sowie des Bundesministeriums des Innern und des Kuratoriums Junger Deutscher Film (zusammen 16 Mill. DM) verfolgen weitgehend kulturelle Ziele (z.B.

Förderung des künstlerischen Rangs des deutschen Films oder des filmkünstlerischen Nachwuchses).

Die Beurteilung des wirtschaftlichen Erfolgs der Fördermaßnahmen kann grundsätzlich anhand verschiedener Kriterien erfolgen wie erreichter Marktanteil gemessen an den Besucherzahlen oder am Einspielergebnis, erzielte Beschäftigungseffekte, Gewinn-Kosten-Relation der geförderten Filme, Rückzahlungsquote bei bedingt rückzahlbaren Darlehen. Lediglich für das erstgenannte Kriterium läßt die Datenlage eine detailliertere Betrachtung zu. Da außerdem nur die Filmförderungsanstalt das erklärte Ziel der Förderung des publikumswirksamen Films hat, soll im folgenden der Erfolg beider Maßnahmen, Referenz- bzw. Projektfilmförderung, verglichen werden.

Referenzfilmförderung ist erfolgreicher als Projektfilmförderung

Die Mehrzahl der von der FFA geförderten Filme erreichte zwar nicht einmal 130 000 Besucher je Film, doch hatten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immerhin knapp ein Drittel aller von der FFA geförderten Filme, die auch zur Aufführung ins Kino gelangten, über 130 000 Besucher. Zum Vergleich: Bei den nicht von der FFA geförderten Filmen erreichten nur durchschnittlich 8 vH diese Besucherzahl. Über die Zahl der geförderten Filme, die keine Aufführung im Kino erreichten, liegen keine Informationen vor. Die Referenzfilmförderung, bei der der Produzent eines erfolgreichen Films entscheidet, in welchen neuen Film er die zugesprochenen Mittel investiert, bringt eher besucherstärkere Filme hervor als die Projektförderung, bei der ein Gremium über die Zuteilung der Mittel entscheidet. Knapp die Hälfte (47 vH) der projektgeförderten, erstaufgeführten Filme erreichten nicht einmal 20 000 Besucher; mehr als 130 000 Besucher hatten 31 vH der Filme. Bei den mit Referenzfilmmitteln geför-

³ Filme, die auf einen Publikumserfolg hin ausgerichtet sind, erreichen normalerweise auch bei mäßigem Erfolg deutlich mehr als 130 000 Besucher. In Frankreich sind — im Unterschied zur Bundesrepublik — die durchschnittlichen Herstellkosten je Film in den achtziger Jahren kräftig gestiegen, und zwar von 1,5 Mill. DM in 1980 auf 7 Mill. DM im Jahr 1989. Vgl. Centre National de la Cinématographie (CNC): CNC info, No. 228 — Avril/Mai 1990, S. 9.

⁴ Referenzfilmmittel werden als Zuschüsse zweckgebunden für die Produktion von neuen Filmen an Produzenten vergeben, die einen (Referenz-)Film produzierten, der innerhalb von zwei Jahren nach seiner Erstaufführung in Filmtheatern in der Bundesrepublik eine bestimmte Besucherzahl erreichte und/oder Auszeichnungen erhielt. Projektfilmittel werden von einem Auswahlgremium als bedingt rückzahlbare Darlehen vergeben. Die Rückzahlung ist vom wirtschaftlichen Erfolg des produzierten Films abhängig.

⁵ Vgl. Filmförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Nov. 1986, (BGBl. I S. 2046); einleitende Bemerkungen zum Gesetz sowie § 32.

⁶ Vgl. 4. Film/Fernseh-Abkommen, § 1.

Tabelle 3

Höhe der Fördermittel für Produktionsförderung von Langfilmen und Erfolg der Fördermaßnahmen der Filmförderungsanstalt im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1989

Fördertopf	Fördermittel je Jahr ¹⁾ insg. (Mill. DM)	FFA-geförderte Filme mit mindestens ... Besuchern			
		130 000 500 000 Förderung (Mill. DM/Jahr)		130 000 500 000 Erfolgsquote in vH ²⁾	
Referenzmittel ³⁾	13	7,6	4,5	58	35
Projektförderung ³⁾	10	3,5	2,1	35	21
Film/Fernsehabkommen ^{4),5)}	15	6,7	3,7	(45)	(25)
Bayern ³⁾	10	4,3	2,5	(43)	(25)
Berlin ⁴⁾	12	2,5	1,5	(21)	(13)
BMI ⁶⁾	7	1,5	0,5	(21)	(7)
Sonstige ⁷⁾	9*	1,1	0,2	(12)	(2)
Insgesamt	76	28,1	15,8	(37)	(21)

* Schätzung. — 1) Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1989, da von 1985 an aufgeführte Filme z.T. bereits vorher schon Fördermittel bekommen haben. — 2) Erfolg hier definiert als Anteil der Fördermittel, die in Filme investiert wurden, die mindestens 130 000 bzw. 500 000 Besucher hatten, am Gesamtvolumen des jeweiligen Fördertopfes. Allerdings steht bei den meisten Institutionen (außer der FFA) nicht das Ziel, wirtschaftliche Filme zu produzieren, im Vordergrund, sondern kulturelle Ziele oder die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Eine genaue periodengerechte Zuordnung der Fördermittel zu den im Zeitraum 1985 bis 1989 aufgeführten Filmen ist wegen des Produktionsvorlaufs der Filme nicht möglich. Die Quoten für Förderung außerhalb der FFA sind eingeklammert, da die Erfolgsquoten dieser Förderinstitutionen hier eine Untergrenze darstellen. Deren Fördermittel, die in erfolgreiche Filme flossen, die daneben nicht auch von der FFA gefördert wurden, sind nicht erfaßt. Auswertungen für Stichjahre zeigen, daß dies nur Einzelfälle sind. — 3) Zahlungen. — 4) Bewilligungen. — 5) Mittel für FFA-geförderte Filme, teilweise einschl. Förderung durch das Fernsehen außerhalb des Film/Fernsehabkommens. — 6) Haushaltsansätze einschl. Mittel für Deutschen Filmpreis. — 7) Kuratorium Junger Deutscher Film, übrige Länderförderung.

Quellen: FFA. — DIW.

derten Filmen lag der Anteil der Filme, die weniger als 20 000 Personen bzw. mehr als 130 000 Personen erreichten, dagegen bei jeweils 37 vH.

Wird der Erfolg nicht an dem Anteil der Zahl der geförderten publikumswirksamen Filme an der Gesamtzahl der geförderten (und erstaufgeführten) Filme gemessen, sondern an dem Anteil des *Fördervolumens*, das in publikumswirksame Filme geflossen ist, am gesamten Fördervolumen, so weist die Referenzfilmförderung mit knapp drei Fünfteln eine wesentlich höhere „Erfolgsquote“ aus als bei der ersten Betrachtung (gut ein Drittel), während bei der Projektfilmförderung die Unterschiede bei den entsprechenden Quoten relativ gering sind (knapp bzw. gut ein Drittel).

Fazit

Die Marktstellung des bundesdeutschen Kinofilms ist im Inland nicht so schlecht, wie in der filmpolitischen Dis-

kussion oft behauptet wird. Daß relativ wenige Filme einen Großteil des Besucherinteresses auf sich ziehen, gilt nicht nur für den deutschen Film. Aufgrund international feststellbarer Gesetzmäßigkeiten ist das (Inlands-) Marktpotential für den deutschen Film begrenzt. Dieses Potential wurde im allgemeinen jedoch nicht ausgeschöpft.

Angesichts des begrenzten Inlandsmarktvolumens können nur sehr wenige Filme ihre Kosten hier vollständig einspielen. Auf Auslandsmärkten sind nur in Einzelfällen Erfolge zu erzielen. Somit ist die bundesdeutsche Filmproduktion, soll sie in nennenswertem Volumen bestehen bleiben, auf Fördermittel angewiesen. Allerdings sollte die Förderung im Rahmen des Filmförderungsgesetzes, die die Herstellung von publikumswirksamen Filmen unterstützen will, in stärkerem Maße als bisher von den Produzenten eine Marktausrichtung verlangen. Dies ist bei der Projektfilmförderung in ihrer bisherigen Form in geringerem Maße der Fall als bei der Referenzfilmförderung.

Zur Finanzsituation der Sozialversicherungen in West- und Ostdeutschland

Die ersten Ergebnisse der Haushaltsrechnungen der Sozialversicherung in den fünf neuen Bundesländern zeigen, daß der Zuschußbedarf weit geringer ist als von vielen geschätzt. Die Rentenversicherung (Ost) schließt mit einem Defizit von 1,3 Mrd. DM ab, die Krankenversicherung (Ost) und die Arbeitslosenversicherung (Ost) weisen Überschüsse in Höhe von 1 bzw. 0,7 Mrd. DM auf. Ohne Anschubfinanzierung hätte das Defizit im Sozialversicherungshaushalt 5 Mrd. DM betragen.

Die westdeutschen Sozialversicherungen konnten 1990 den hohen Überschuß von 1989 noch um gut 1 Mrd. DM auf 17,5 Mrd. DM erhöhen. Allerdings hat sich die Verteilung zwischen den einzelnen Trägern verschoben: Die Krankenversicherung baute ihren Überschuß auf knapp 6 Mrd. DM ab (1989: 9,6 Mrd. DM), die Rentenversicherung stockte ihren Finanzierungssaldo auf 8 Mrd. DM auf (1989: 3,85 Mrd. DM).

Die Anhebung des Beitragssatzes um netto 1,5 vH Prozentpunkte zum 1.4.1991 läßt den Überschuß in der Sozialversicherung (West) kräftig steigen. Zu diesem Zeitpunkt wird der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte angehoben, und der Beitragssatz für die Rentenversicherung wird um einen Prozentpunkt auf 17,7 vH gesenkt. Die 20 Mrd. DM, um die bei der Arbeitslosenversicherung (West) die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, werden allerdings benötigt, um das hohe Defizit bei der Arbeitsverwaltung (Ost) zu decken.

Aufbau der Sozialversicherungsträger im Beitrittsgebiet

Im Rahmen der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands wurden für die Organisation der einzelnen Zweige der Sozialversicherung ganz unterschiedliche Wege eingeschlagen. Mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1.7.1990 wurden zunächst die beiden Träger der Sozialversicherung¹ zur „Sozialversicherung der DDR“ zusammengeführt. Unter diesem gemeinsamen Dach sind die Einnahmen und Ausgaben getrennt für die Bereiche der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Rentenversicherung zu führen. Vom 1.1.1991 an können sich die westdeutschen Krankenkassen im Beitrittsgebiet niederlassen; für die gesetzlichen Krankenkassen ist ein einheitlicher Beitragssatz in Höhe von 12,8 vH des Bruttoentgelts vorgeschrieben. Die gesetzlichen Krankenkassen, die in den fünf neuen Bundesländern Zweigstellen errichten, haben für dieses Gebiet eigene Abrechnungen vorzulegen. Finanzielle Verknüpfungen mit dem westdeutschen Versichertenkreis sollen ausgeschlossen werden.

Die Rentenversicherungen werden vom Jahresanfang 1991 an von einer Überleitungsanstalt Sozialversicherung solange weitergeführt, bis die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bzw. die zu gründenden Landesversicherungsanstalten die Arbeiten übernehmen können. Angestrebt war eine Auflösung der Überleitungsanstalt spätestens zum Jahresende. Es ist zu vermuten, daß bereits Mitte dieses Jahres die Versichertenkonten an die neuen Träger überführt werden.

Die Anfang 1990 gegründete Arbeitslosenversicherung wurde dagegen entsprechend der im Einigungsvertrag vorgesehenen Regelung zum 3.10.1990 in die Bundesan-

stalt für Arbeit überführt. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit schließt die Arbeitsverwaltung für das Beitrittsgebiet vom 3.10.1990 an ein. Die Bundesanstalt weist folgerichtig vom November 1990 an ihre Haushaltszahlen für die gesamte Bundesrepublik aus.

Mit dieser Übernahme der Arbeitsverwaltung (Ost) durch die Bundesanstalt für Arbeit sind die ersten Schritte einer direkten finanziellen Verflechtung der west- und ostdeutschen Sozialversicherungen getan. Der unmittelbare Nachweis, in welcher Region welche Ausgaben anfallen, wird dadurch erschwert.

Hoher Überschuß bei der Sozialversicherung West

Trotz dieser Verknüpfungen wird hier versucht, für das vergangene und das laufende Jahr nach alten und neuen Bundesländern getrennte Haushaltsrechnungen vorzulegen. Mit diesen getrennten Berechnungen wird die Beurteilung der Entwicklung in den beiden Gebieten ermöglicht.

Die Haushaltsrechnungen für die Sozialversicherung in Westdeutschland weisen in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 1990 einen geschätzten Überschuß von 17,4 Mrd. DM und für 1991 einen weit größeren in Höhe von 28 Mrd. DM (vgl. Tabelle 1) aus.

Die 1990er Überschüsse verteilen sich mit 8 Mrd. DM auf die Rentenversicherungen, mit knapp 6 Mrd. DM auf

¹ Träger waren vorher für die Arbeitnehmer die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, für die Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder war die Sozialversicherung bei der staatlichen Versicherung zuständig.

Tabelle 1

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung

	1986	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1991 ²⁾
	in Mrd. DM					
Einnahmen	363,63	378,16	397,19	417,46	442,94	480,04
Tatsächliche Sozialbeiträge	313,39	325,84	341,22	357,33	381,32	414,60
Übertragungen von Gebietskörperschaften	42,03	44,13	47,63	51,25	52,20	55,45
Vermögenseinkommen	5,56	5,56	5,67	6,03	6,50	7,00
Übrige Einnahmen ³⁾	2,65	2,63	2,67	2,85	2,92	2,99
Ausgaben	354,40	371,51	395,64	401,14	425,53	452,03
Staatsverbrauch	123,93	129,39	139,90	136,35	146,81	159,17
dar. Soziale Sachleistungen	106,96	111,63	120,89	116,74	126,31	138,05
Laufende Übertragungen	226,94	238,46	251,72	261,15	274,94	288,89
dar. Geldleist. an private Haushalte	222,04	233,20	246,18	255,58	269,04	282,63
Übrige Ausgaben ⁴⁾	3,53	3,66	4,02	3,64	3,78	3,97
Finanzierungssaldo	+ 9,23	+ 6,65	+ 1,55	+ 16,32	+ 17,41	+ 28,01
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH					
Einnahmen		4,0	5,0	5,1	6,1	8,4
Tatsächliche Sozialbeiträge		4,0	4,7	4,7	6,7	8,7
Übertragungen von Gebietskörperschaften		5,0	7,9	7,6	1,9	6,2
Vermögenseinkommen		0,0	2,0	6,3	7,8	7,7
Übrige Einnahmen ³⁾		-0,8	1,5	6,7	2,5	2,4
Ausgaben		4,8	6,5	1,4	6,1	6,2
Staatsverbrauch		4,4	8,1	-2,5	7,7	8,4
dar. Sonstige Sachleistungen		4,4	8,3	-3,4	8,2	9,3
Laufende Übertragungen		5,1	5,6	3,7	5,3	5,1
dar. Geldleist. an private Haushalte		5,0	5,6	3,8	5,3	5,1
Übrige Ausgaben ⁴⁾		3,7	9,8	-9,5	3,8	5,0
¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Sonstige Übertragungen, unterstellte Sozialbeiträge, Vermögensübertragungen. — ⁴⁾ Sonstige Leistungen an übrige Welt, laufende Übertragungen an Unternehmen und übrige Welt, Verwaltungskosten, geleistete Vermögensübertragungen, Nettoinvestitionen. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1989. Eigene Berechnungen.						

die Krankenkassen und mit knapp 3,5 Mrd. DM auf die anderen Träger (Landwirtschaftliche Alterskasse, Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und gesetzliche Unfallversicherung).

Für die Arbeitslosenversicherung wird rechnerisch in dieser Sozialversicherungsbilanz ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen. Allerdings klafft zwischen den laufenden Einnahmen und den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit eine Lücke von 0,72 Mrd. DM. Dieses Defizit wird entsprechend den Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes vom Bund gedeckt. In der Sozialversicherungsbilanz erhöhen sich die Übertragungen der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung um genau diesen Defizitausgleich².

Geldleistungen der Sozialversicherung

Die beiden wesentlichen Ausgabeposten der Sozialversicherung sind die Geld- und die Sachleistungen. Die Geldleistungen an die privaten Haushalte machen gut 60 vH der Ausgaben der Sozialversicherungen aus (vgl. Tabelle 2). Sie expandierten im Jahre 1990 vor allem im

² Im Bundeshaushaltsplan für das Jahr 1990 war für den Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit ein Betrag von 3,1 Mrd. DM ausgewiesen. Schon frühzeitig zeigte sich, daß eine Zahlung in dieser Höhe nicht notwendig war. Im 3. Nachtragshaushalt wurde dann die Höhe des erwarteten Defizits auf 1,5 Mrd. DM herabgesetzt; die restlichen 1,6 Mrd. DM wurden für die Arbeitsverwaltung (Ost) bereitgestellt.

Tabelle 2

Soziale Leistungen

	1986	1987	1988	1989 ¹⁾	1990 ²⁾	1991 ²⁾
	in Mrd. DM					
Sozialversicherung insgesamt	222,04	233,20	246,18	255,58	269,04	282,63
Geldleistungen der						
Rentenversicherung der Arbeiter	87,74	90,65	94,53	99,27	103,91	109,64
Rentenversicherung d. Angestellten	65,82	69,13	72,93	77,25	81,75	87,32
Knappschaftl. Rentenversicherung	13,88	14,27	14,81	15,46	16,08	16,87
Zusatzversch. im öffentl. Dienst	8,62	9,05	9,36	9,90	10,21	10,72
Landwirtschaftl. Alterskassen	3,13	3,30	3,47	3,63	3,80	3,98
Gesetzl. Krankenversicherung	10,76	11,17	11,36	10,88	11,74	12,39
Gesetzl. Unfallversicherung	7,74	7,88	8,05	8,08	8,21	8,46
Arbeitslosenversicherung	23,29	26,60	30,49	29,90	32,07	31,91
Öffentliche Pensionen	0,97	1,04	1,05	1,08	1,13	1,19
Beihilfen und Unterstützungen	0,09	0,11	0,13	0,13	0,14	0,15
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH					
Sozialversicherung insgesamt	2,7	5,0	5,6	3,8	5,3	5,1
Geldleistungen der						
Rentenversicherung der Arbeiter	1,7	3,3	4,3	5,0	4,7	5,5
Rentenversicherung d. Angestellten	3,8	5,0	5,5	5,9	5,8	6,8
Knappschaftl. Rentenversicherung	1,5	2,8	3,8	4,4	4,0	4,9
Zusatzversch. im öffentl. Dienst	5,9	5,0	3,4	5,8	3,2	5,0
Landwirtschaftl. Alterskassen	3,6	5,4	5,2	4,6	4,6	4,9
Gesetzl. Krankenversicherung	3,1	3,8	1,7	-4,2	7,9	5,5
Gesetzl. Unfallversicherung	1,2	1,8	2,2	0,4	1,6	3,0
Arbeitslosenversicherung	2,8	14,2	14,6	-1,9	7,3	-0,5
Öffentliche Pensionen	6,6	7,2	1,0	2,9	4,6	5,3
Beihilfen und Unterstützungen	28,6	22,2	18,2	0,0	7,7	7,1
1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Schätzung.						
Quellen: Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1989. Eigene Schätzungen.						

Bereich der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung. Die Altersrenten wurden im Jahresdurchschnitt um 3,05 vH angehoben. Der weitere Anstieg der Rentenausgaben wird dadurch verursacht, daß die in das Rentenalter hineinwachsenden Geburtsjahrgänge stärker besetzt sind.

Sachleistungen stark gestiegen

Die sozialen Sachleistungen machen 30 vH der gesamten Ausgaben der Sozialversicherung aus. 95 vH dieser sozialen Sachleistungen werden von der gesetzlichen Krankenversicherung verausgabt. Nachdem 1989 die Sachausgaben der Krankenversicherung infolge des Gesundheitsreformgesetzes um 3,3 vH gegenüber den stark expandierten Ausgaben im Jahre 1988 (+7,5 vH) gesunken waren, zeichnet sich für 1990 wiederum eine kräftige Expansion ab. Nach den bisher vorliegenden Zahlen für die ersten drei Quartale 1990 stiegen die Ausgaben für die Behandlung durch Ärzte um 7,7 vH, für Krankenhausbehandlungen um 8,6 vH und für Arznei-, Verbands-, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken um 6,9 vH³.

Hoher Überschuß der Sozialversicherung West im Jahr 1991

Der hohe Überschuß der Sozialversicherung West im Jahre 1991 wird vor allem ein Ergebnis der Beitragssatzanhebung um netto 1,5 vH zum 1.4.1991 sein. Der Bundesanstalt für Arbeit fließen daraufhin aus den alten Bundesländern knapp 19 Mrd. DM höhere Beitragsmittel zu. Den Rentenversicherungsträgern werden etwa 7,5 Mrd. DM durch die Senkung des Beitragssatzes entzogen. Trotz dieser Mindereinnahmen werden sie 1991 mit einem Überschuß in Höhe von 2,5 Mrd. DM abschließen.

Die gesetzlichen Krankenversicherungen werden aller Voraussicht nach 1991 einen weiteren kräftigen Kostenschub erfahren. Vom Anfang des Jahres an haben zu Hause versorgte Schwerpflegebedürftige Anspruch auf 25 einstündige Pflegeeinsätze pro Monat. Für eine Fachkraft, die die Pflege verrichtet, werden von der Krankenkasse maximal 750 DM pro Monat gezahlt. Wird eine

³ Vgl. Gesetzliche Krankenversicherung, vorläufige Rechnungsergebnisse, 1. bis 3. Quartal, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Dezember 1990.

Tabelle 3

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung im zweiten Halbjahr 1990 in den fünf neuen Bundesländern

	Renten- versi- cherung	Kranken- versi- cherung	Arbeits- losen- versi- cherung	Unfall- versi- cherung
	in Mrd. DM			
Einnahmen	12,22	11,23	3,86	0,58
Beiträge	9,13	8,34	1,86	0,58
Bundeszuschuß	2,30	—	—	—
Anschubfinanzierung	0,75	2,85	2,00	—
Sonstige Einnahmen	0,04	0,04	—	—
Ausgaben	13,57	10,15	3,17	0,88
Geldleistungen	11,50	1,00	1,70 ¹⁾	0,32
Beiträge an Sozialversicherung	1,57	—	1,27	—
Staatsverbrauch	0,50	9,15	0,20	0,56
Finanzierungssaldo	-1,35	+1,08	+0,70	-0,30
¹⁾ Aufteilung der Ausgaben geschätzt. — <i>Quellen:</i> Überleitungsanstalt Sozialversicherung, vorläufiger Monatsabschluß Dezember 1990, Berlin 1991; eigene Berechnungen.				

solche Pflege nicht in Anspruch genommen, so werden 400 DM pro Monat bar erstattet. Da nicht gesichert ist, wieviele Schwerpflegebedürftige ihren Anspruch, dessen Durchsetzung auch noch vom Urteil des medizinischen Dienstes abhängt, anmelden werden, wurden für diese Pflegeleistungen vorsichtige Schätzungen in Höhe von 3 Mrd. DM in Ansatz gebracht. Unter der Annahme eines weiteren Anstiegs der sonstigen sozialen Sachleistungen in Höhe von 7 vH reduziert sich der Überschuß der gesetzlichen Krankenversicherung auf 1 Mrd. DM.

Die Arbeitslosenversicherung wird in den alten Bundesländern Einnahmen in Höhe von 63 Mrd. DM erzielen. Bei Berücksichtigung der in Westdeutschland anfallenden Ausgaben in Höhe von etwa 43 Mrd. DM verbleibt ein von westdeutschen beitragspflichtigen Arbeitnehmern finanzierter Überschuß in Höhe von 20 Mrd. DM.

Sozialversicherung in den fünf neuen Bundesländern

Die Entwicklung der Finanzen der ostdeutschen Sozialversicherungen ist im letzten Jahr aufgrund des stockenden Beitragseingangs z.T. sehr pessimistisch beurteilt worden. Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck einer schlechten Finanzlage noch im 3. Nachtragshaushalt ein Volumen von 10,5 Mrd. DM für die Sozialversicherung zur Verfügung gestellt⁴. Nach den bisher vorliegenden Haushaltsergebnissen zeigt sich, daß über die im 2. Nachtragshaushalt vorgesehene Anschubfinanzierung von 2,75 Mrd. DM hinaus im Bereich der Renten- und Arbeitslosenversicherung nun ein weiterer Finanzbe-

darf von 2,72 Mrd. DM besteht. Eine derartige Größenordnung war vom DIW⁵ im Herbst als das Ergebnis einer optimistischen Version dargestellt worden. Allerdings sind die Bedingungen, unter denen dieses Ergebnis eingetreten ist, ganz andere als damals angenommen. Einmal sind die Beitragseinnahmen von 1,2 Mrd. DM für den Juli bzw. 3,0 Mrd. DM im August auf gut 4,0 Mrd. DM im Dezember gestiegen, aber die anfangs nicht abgeführten Beiträge dürften als verloren betrachtet werden; für die Monate Juli bis September dürften dies insgesamt 4,6 Mrd. DM sein.

Zum anderen sind im Bereich der Arbeitsverwaltung (Ost) geringere Ausgaben angefallen als damals unterstellt. Die Höhe dieser Ausgaben ist allerdings nicht mit den Zahlen der Kurzarbeiter bzw. Arbeitslosen in Einklang zu bringen. Offensichtlich besteht ein großer Stau von noch nicht ausgezahlten Anträgen auf Kurzarbeitergeld bzw. Arbeitslosengeld. Nur so ist es zu erklären, daß die Arbeitsverwaltung (Ost) für das zweite Halbjahr einen Überschuß von 0,7 Mrd. DM ausweist. Dieser Überschuß wurde den Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit zugeführt. Auf der Basis der Kurzarbeiter- bzw. Arbeitslosenzahlen sind die noch zu leistenden Unterstützungszahlungen auf mehr als 3 Mrd. DM zu schätzen. Diese Aus-

⁴ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1990, Gemeinschaftsdiagnose. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43-44/90, S. 620.

⁵ Vgl. Liquiditätengpässe der Sozialversicherung in der DDR, Bearb.: Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/90.

gaben erhöhen 1991 den ohnedies hohen Ausgabebetrag der Bundesanstalt für Arbeit für das Beitrittsgebiet.

Zugleich ist aber zu berücksichtigen, daß ein großer Teil dieser nicht gezahlten Beträge zugleich Mindereinnahmen der Renten- bzw. Krankenversicherung sind, da von den Unterstützungszahlungen die Beiträge an diese Träger gezahlt werden müssen. Das günstige Ergebnis der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung führt zu einer Entlastung des Bundeshaushalts 1990 um 7 Mrd. DM.

Hohes Defizit in den neuen Bundesländern für 1991 zu erwarten

Schätzungen für die Finanzentwicklung der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet im Jahr 1991 sind mit einer ganzen Reihe von Unsicherheiten verbunden. Diese betreffen einmal die Entwicklung der Beschäftigtenzahl sowie der Löhne und Gehälter und zum anderen die Preisentwicklung im Gesundheitsbereich. Wird angenommen, daß die Bruttolohn- und -gehaltsumme im Jahr 1991 bei abnehmender Beschäftigtenzahl (–20 vH)⁶ etwa dem Niveau wie in der zweiten Jahreshälfte 1990 entspricht und evtl. anfallende Mehrausgaben im Arzneimittelbereich durch die Pharmaindustrie abgedeckt werden, dann wird die Rentenversicherung eine Finanzierungslücke von gut 3 Mrd. DM aufweisen, und die Krankenversicherung wird mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen.

Werden im Bereich der Arbeitslosenversicherung die noch ausstehenden Zahlungen fällig, dann wird für das Beitrittsgebiet ein Defizit von knapp 24 Mrd. DM entstehen. In Höhe von 20 Mrd. DM wird es durch den Überschuß der Arbeitslosenversicherung (West) gedeckt. Diese Gegenrechnung macht noch einmal deutlich, daß der Kreis der Steuerzahler zu Lasten der Versicherten in der Arbeitslosenversicherung entlastet wurde. Verteilungspolitisch fragwürdig ist, warum von der Finanzierung der Teilungslasten alle diejenigen ausgespart werden, die nicht zum Kreis der Versicherten im Bereich der Arbeitslosenversicherung gehören, nämlich Beamte, Landwirte und Selbständige. Die gleichzeitige Entlastung eines Teils der Versicherten durch eine Senkung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung entkräftet diese Argumentation nicht, denn hierbei handelt es sich nur um eine zeitliche Verschiebung der Lasten: Den Überschuß in der Rentenversicherung haben die Versicherten durch ihre Beitragszahlung in der Vergangenheit zum größten Teil finanziert, und je eher die Rücklage der Rentenversicherung aufgrund des niedrigen Beitragssatzes abgebaut ist, desto früher muß der Beitragssatz wieder erhöht werden.

⁶ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1991. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-3/91, S. 27.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartzau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabschottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung.** — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea. Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer = 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Markterfolg des deutschen Films und Effizienz der Filmförderungsmaßnahmen steigerungsfähig. Bearbeitet von Gerhard Neckermann.

Zur Finanzsituation der Sozialversicherungen in West- und Ostdeutschland. Bearbeitet von Volker Meinhardt. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
					Insgesamt		dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland			
	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe				Verbrauchsgütergewerbe									
	in 1000				1985 = 100											
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1989	J	2089		213		111,8		109,3		112,7		112,6		111,4		112,4
	F	2075	2074	221	220	114,1	114,3	111,3	110,7	116,1	116,5	112,6	113,2	113,5	114,2	115,3
	M	2058		226		117,0		111,6		120,6		114,4		117,7		115,8
	A	2055		231		117,1		112,1		120,5		115,0		116,3		118,6
	M	2068	2058	238	238	114,9	116,5	110,3	111,3	117,6	119,8	113,8	114,4	112,8	115,7	118,4
	J	2052		246		117,4		111,6		121,4		114,5		118,1		116,3
	J	2032		251		115,9		111,2		118,9		113,9		115,0		117,3
	A	2012	2015	261	264	114,4	116,1	109,6	110,7	116,5	119,0	115,4	115,4	113,2	115,1	116,3
	S	2000		280		117,9		111,3		121,7		116,9		117,2		119,0
	O	1997		297		117,0		112,5		119,5		116,5		117,1		116,7
	N	2017	1999	305	302	118,5	119,6	111,5	111,8	122,5	124,2	117,7	118,1	116,9	119,1	121,1
	D	1982		303		123,4		111,3		130,7		120,1		123,2		123,6
1990	J	1944		303		118,1		111,9		122,0		116,5		118,4		117,8
	F	1923	1920	306	307	118,5	118,3	111,3	111,9	121,8	121,7	120,1	118,4	118,2	117,9	119,2
	M	1892		311		118,4		112,4		121,4		118,6		117,2		120,3
	A	1934		317		117,9		112,4		121,5		115,7		118,1		117,6
	M	1936	1934	324	322	120,9	119,6	110,8	111,4	126,3	124,3	120,4	118,8	123,3	121,4	116,9
	J	1931		324		120,1		111,0		125,0		120,2		122,7		116,0
	J	1918		326		121,6		111,3		126,5		123,1		124,5		117,0
	A	1885	1885	322	321	124,0	124,1	113,0	114,3	129,3	128,9	125,6	125,2	130,3	128,6	113,7
	S	1851		313		126,8		118,5		131,0		127,0		130,9		119,9
	O	1816		309		129,1		118,7		134,4		130,1		135,3		119,2
	N	1758	1762	307	308	125,6	126,6	116,9	118,0	128,5	129,3	130,7	132,8	135,2	135,0	109,7
	D	1714		309		125,2		118,3		124,9		137,7		134,6		109,7
1991	J	1629		317												
	F															
	M															
	A															
	M															
	J															
	J															
	A															
	S															
	O															
	N															
	D															

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾									Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
		Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe		Ausfuhr	Einfuhr							
			Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe												
		in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1989	J	7149		110,3		107,8		113,5		123,0		108,4		44,4		39,4	
	F	7160	7162	110,5	110,5	108,3	108,5	113,5	113,6	122,6	122,4	108,4	108,1	44,8	44,2	39,5	38,9
	M	7176		110,8		109,5		113,9		121,5		107,5		43,6		37,8	
	A	7175		112,5		107,8		116,8		110,3		106,6		44,4		39,5	
	M	7188	7188	108,9	111,3	106,2	107,1	111,8	115,2	106,0	109,0	109,0	108,9	43,5	44,5	38,6	39,5
	J	7201		112,4		107,2		116,9		110,7		111,1		45,7		40,3	
	J	7220		113,5		108,9		118,8		109,5		106,3		43,6		39,4	
	A	7237	7229	111,9	113,0	108,1	109,1	115,3	117,2	114,1	112,7	112,2	109,5	45,1	44,6	39,7	39,8
	S	7232		113,5		110,2		117,6		114,4		110,1		45,2		40,2	
	O	7255		114,4		110,1		118,5		120,5		109,6		44,4		40,7	
	N	7273	7273	114,7	115,3	109,9	110,9	119,5	119,8	123,3	122,0	112,7	110,8	45,6	44,8	42,0	41,5
	D	7292		116,9		112,7		121,3		122,3		110,0		44,3		41,7	
1990	J	7337		115,2		109,0		121,5		124,0		114,8		48,3		43,4	
	F	7358	7353	116,2	116,1	110,0	110,0	121,5	121,7	128,1	128,1	113,6	114,3	46,8	47,3	41,9	42,4
	M	7365		117,0		111,1		122,0		132,2		114,6		46,8		41,9	
	A	7374		115,2		110,2		119,0		119,0		115,7		45,7		44,5	
	M	7392	7388	119,0	117,3	109,8	110,1	124,6	121,9	120,8	117,2	118,8	116,5	45,1	44,3	41,9	43,1
	J	7399		117,8		110,4		122,2		111,7		115,0		42,0		42,9	
	J	7420		119,4		110,0		124,9		117,9		121,2		44,8		44,3	
	A	7436	7431	118,5	119,7	109,4	111,0	121,9	123,8	114,7	116,3	123,6	121,3	45,7	44,7	45,5	44,9
	S	7436		121,3		113,6		124,5		116,2		119,1		43,5		44,9	
	O	7463		122,5		112,4		125,8		126,7		123,0		46,5		45,6	
	N	7478		122,8	124,0	113,4	114,4	125,7	126,7	126,1	125,5	124,7	121,3	46,1	45,2	51,2	48,8
	D			126,7		117,4		128,6		123,8		116,2		42,9		49,7	
1991	J																
	F																
	M																
	A																
	M																
	J																
	J																
	A																
	S																
	O																
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.